



Ceterum censeo: Russlands Expansion stoppen!

Dr. Klaus Olshausen

Mai 2024

Zusammenfassung

Im dritten Jahr der brutalen russischen Aggression ist ein Blick zurück und nach vorn angezeigt. Mehrfach entsprach das Handeln nicht den Gegebenheiten und Nicht-Handeln hatte weitreichende Konsequenzen. Nach 2014 wurde die Streitkräfte der Ukraine nicht gezielt ausgestattet. Das Handeln Russlands und die Ultimaten vom Dezember 2021 wurden nicht ernst genommen. Am 24. Februar 2022 war die Abschreckung Russlands gescheitert, auch weil Kosten nur als Sanktionen benannt wurden und ein Einsatz eigener Kräfte zur Verteidigung kategorisch ausgeschlossen worden war – und wird. Selbstabschreckung und Reflexe auf innenpolitische Stimmungen verhinderten schnelles und umfassendes Handeln. Nie wurde die Ausstattung der Gesamtstreitkräfte in den Blick genommen. Die Unterstützung der Friedensformel der Ukraine verlangt politisch und militärisch größere Anstrengungen. Sicherheitsabkommen wären nach 2014 geboten gewesen. Jetzt können und werden sie die Sicherheit einer Nato-Mitgliedschaft nicht ersetzen können. Jede Unterjochung auch von Teilen der Ukraine wird den expansiven „Appetit“ von Putin weiter stärken und ukrainische Widerstandsbewegungen erzeugen. Ein falscher Friede, um vermeintlich „in Frieden gelassen“ zu werden, wird deshalb nicht aufgehen. Vielmehr muss allen klar werden, dass ein fairer und gerechter Frieden für die Ukraine und Europa verlangt, **Putins Expansion in der Ukraine zu stoppen** und Selbstbestimmung und Gleichheit aller Staaten durchzusetzen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbas haben die Staaten der NATO und der EU über acht Jahre an einer Politik festgehalten, die zwar Annexion und Krieg verurteilte, aber zugleich eine Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit im Geiste der NATO-Russland Grundakte vertreten hat.

Nun ist der russische Angriffskrieg bereits im dritten Jahr. Wichtige Gebiete der Ukraine sind von Russland besetzt. Die Kämpfe an der Front zeigen (wieder) taktische Vorteile und Geländegewinne Russlands. Die Zerstörungen aus der Luft haben regional, ja landesweit verheerende Wirkung.

Wie konnte es dazu kommen?

These 1: Weder im Sommer 2021 noch nach den Ultimaten Russlands an die USA und die NATO am 17. Dezember 2021 haben die westlichen Staaten Putins Forderungen ernst genommen. Seine russische Reconquista forderte neben der Ukraine und Belarus auch die baltischen Staaten, die Neutralisierung von „NATO-Ost“ und zielte auf Schwächung und Spaltung der EU. Sein massiver Aufmarsch im Norden, Osten und Süden der Ukraine und die Androhung „militärischer Aktionen“ wurden nicht gefährlich genug eingeschätzt.

These 2: Die Abschreckung Putins war am 24. Februar endgültig gescheitert. Die Warnungen an Putin beschränkten sich damals auf „hohe Kosten“ durch Sanktionen. Zusätzlich wurden Putins Risikoabschätzungen Ende 2021 und im Januar 2022 dadurch erleichtert, dass NATO- und EU-Staaten klar feststellten, dass bei einem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kein Einsatz eigener Soldaten erfolgen wird. „Das wird er doch nicht machen“, wurde so zum „frommen Wunsch“. Und dies war auch ein Grund, in den Monaten seit dem Sommer 2021 die ukrainischen Streitkräfte nicht militärisch wirksam zu unterstützen.

These 3: Nach dem brutalen Überfall Russlands konnte bei den Regierungen im Westen in unterschiedlichem Umfang eine doppelte „Selbstabschreckung“ festgestellt werden. Jede Unterstützung wurde mehr daran gemessen, wie Putin wohl reagieren würde, und weniger, ob und wie damit die erfolgreiche Verteidigung der Ukraine gestärkt wurde. Und die Zurückhaltung war und ist auch getragen von Reflexen auf verschiedene innenpolitische Stimmungen bei jeder Erörterung über neue Waffensysteme. Beides führte immer wieder zu geringen, zögerlichen und – gemessen an der Kriegslage – vielfach zu späten und dann noch in Chargen geteilten Lieferungen.

These 4: Die militärische Grundfrage für eine erfolgreiche Verteidigung der Ukraine haben die westlichen Staaten weder vor noch nach dem Kriegsausbruch gestellt. Das Handeln musste auf eine Ausstattung der Gesamtstreitkräfte zu Lande, in der Luft, auf See und weiteren Domänen ausgerichtet werden. In allen Feldern wurde immer zu wenig, teilweise gar nichts getan. Als Beispiel kann gelten, dass noch heute der Ukraine keine Kampfflugzeuge wie die F-16 zur Verfügung stehen. So hatte der „Westen“ von der Ukraine im Sommer 2023 eine erfolgreiche Gegenoffensive erwartet, die er mit eigenen Streitkräften ohne vorherige Luftüberlegenheit nicht ausgelöst haben würde. Außerdem hatten verspätete Lieferungen von Waffensystemen und anderer militärischer Ausrüstung russischen Streitkräften Zeit und Gelegenheit gegeben, ihre Abwehrstellungen massiv auszubauen.

Wie kann es weitergehen?

These 5: Der politische Zweck der Ukraine ist die Wiederherstellung ihrer vollständigen territorialen Integrität und politischen Souveränität. Im „Westen“ gibt es deklaratorisch gleiche Aussagen. Aber in manchen Regierungen sind die Aussagen nebelhaft und deutbar. So hört man: „Die Ukraine darf nicht verlieren“, „Russland darf nicht gewinnen“, „Die Ukraine braucht eine starke Position für Verhandlungen“. Ein analytischer Blick stützt die



Aussage, dass ein Staat (auch Staaten), der in der Sache eines anderen auftritt, diese nie so ernst nimmt wie seine eigene. So gibt es eine allgemeine Unterstützung der Friedensformel der Ukraine, die mit ihren zehn Punkten auch Grundlage der Friedenskonferenz im Juni in der Schweiz bilden soll. Aber politische, wirtschaftliche, finanzielle Kosten und vielfältige Interessenkonkurrenz lassen unterschiedliche Ergebnisse wahrscheinlich erscheinen, die nicht eindeutig der Charta von Paris von 1990 entsprechen.

These 6: Vermehrte bilaterale Sicherheitsabkommen oder -vereinbarungen, die inzwischen von Großbritannien, Deutschland und Frankreich vereinbart worden sind und von den USA vorbereitet werden, können eine Einladung der Ukraine zur Mitgliedschaft beim NATO-Gipfel in Washington im Juli nicht ersetzen. Keine der bisherigen Vereinbarungen formuliert eine klare Verpflichtung zur **gemeinsamen Verteidigung** im Falle eines erneuten russischen Angriffs. Das verlangt aber, dass diese Staaten die Ukraine so stark aufrüsten, dass das Land selbst eine entscheidend glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland herstellen kann. Nur eine Einladung zur NATO-Mitgliedschaft kann schon jetzt Wirkung auf Putins Kalkül haben, die NATO-Staaten über dieser Frage weiter spalten und so die Ukraine nachhaltig schwächen zu können. Und diese Einladung sichert auch, dass die Ukraine nicht ein „übergroßer Militär-Löwe“ werden muss, sondern sich mit all ihren Partnern – und dann Verbündeten – dem Wiederaufbau ihres Landes zuwenden kann.

These 7: Ein Friede von Dauer für Europa kann nur gelingen, wenn die Ukraine von 1991 wiederhergestellt wird. Jede Unterjochung auch von Teilen der Ukraine wird nicht nur den expansiven „Appetit“ von Putin weiter stärken, sondern auch das Entstehen ukrainischer Widerstandsbewegungen. Jede Art Frieden, um als Nachbar – nah oder fern – „in Frieden gelassen zu werden“, kann und wird nicht aufgehen. Ein fairer und gerechter Friede in Europa muss (wieder) auf einem Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten gründen.

These 8: Im dritten Jahr dieses von Russland brutal geführten Krieges sollte allen EU-, NATO- und Partnerstaaten klar werden, dass – wie im römischen Senat im alten Rom – alles hin und her wenden, nicht daran vorbeiführt, dass ein fairer und gerechter Friede für die Ukraine und Europa verlangt, **Putins Expansion in der Ukraine zu stoppen**. Erst wenn das erreicht ist, können mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen wieder neue Beziehungen „in Aussicht genommen“ werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen